

Das Vergessen der Lehrlingsbewegung

Anmerkungen zur Erinnerungsarbeit in Gewerkschaften

Knud Andresen

Zum 1. Mai 2015 hatte sich die DGB-Jugend in Hamburg eine besondere Aktion überlegt. Auf dem Kundgebungsplatz der gewerkschaftlichen Mai-Veranstaltung ließ sie Luftballons steigen, an die Karten mit ausgewählten historischen Ereignissen der Gewerkschaftsbewegung gehängt waren. Auf einer Karte hieß es, dass die Lehrlingsbewegung nach Auseinandersetzungen am 1. Mai 1969 auf dem Hamburger Rathausmarkt anfang, gegen Missstände in der Berufsausbildung zu protestieren. Noch wenige Jahre zuvor wäre eine Erinnerung an die konfliktträchtigen Ereignisse – Lehrlinge und Studierende störten die Rede von Willy Brandt an dem Tag und es kam zu Prügeleien mit gewerkschaftlichen Ordnern – kaum denkbar gewesen.

Die Lehrlingsbewegung, die in den Jahren 1969 bis 1972 die Gewerkschaften herausgefordert hatte, wurde in den historischen Narrativen der Organisationen nur selten erwähnt. Aus heutiger Sicht erscheint das überraschend, war doch die in den 1970er Jahren nachrückende Funktionärsgeneration von den Ereignissen durchaus geprägt, ja gelten die 1970er Jahre nicht zu Unrecht als Konfliktjahrzehnt innerhalb der Gewerkschaften. Die Politisierung gerade jüngerer Haupt- und Ehrenamtlicher auf lokaler, regionaler oder bundesweiter Ebene gehörte zu den prägenden Einflüssen in dem Jahrzehnt (Klecha 2010, S. 21 f). Die Lehrlingsbewegung gehört dabei zum Demokratisierungsbegehren im Zuge der Jugendrevolte um 1968 und markiert den Ausgangspunkt für Politisierungs- und Radikalisierungsprozesse in der Gewerkschaftsjugend.

Als Begriff und positive Referenz war sie innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen aber fast 40 Jahre lang mehr oder weniger verschwunden. Dies gilt nicht allein für gewerkschaftliche Publikationen, sondern auch für die Erinnerungs- oder Generationsbildungsnarrative. Diesem Befund soll im vorliegenden Beitrag über mehrere Ebenen nachgegangen werden.

Zuerst ist die Frage zu diskutieren, wie Erinnerungen, Organisationen und Gewerkschaften zusammenhängen und wie in Gewerkschaften historische Narrative entfaltet werden. Danach wird die Lehrlingsbewegung als historisches Phänomen konturiert und die Konflikte innerhalb der Gewerkschaften werden herausgearbeitet. Anschließend wird diskutiert, warum sich nicht ein Generationsnarrativ ehemals Beteiligter in den Gewerkschaften entwickelte. Systematischer wird nach den Schwierigkeiten organisationaler Erinnerung an die Lehrlingsbewegung, und damit auch an soziale Bewegungen, gefragt (vgl. Teichmann in diesem Band).

Mechanismen gewerkschaftlicher Vergangenheitsthematisierungen

Der Titel dieses Beitrags enthält eine harte These – im »Vergessen« einer historischen Konstellation schwingt mit, dass etwas aktiv marginalisiert und die Bedeutung von Ereignissen heruntergespielt wird. Es geht aber weder um eine Enthüllungsgeschichte noch darum, Ereignissen nun im Rahmen einer »coun-termemory« oder Erinnerungskultur »von unten« wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Vielmehr stimme ich Jenny Wüstenberg sehr zu, die angesichts der Vielfalt von Thematisierungen historischer Ereignisse dafür plädiert, »Erinnerungskulturen in ihrer breiten Pluralität und auch Ambivalenz zu ergründen« (Wüstenberg in diesem Band). Daher will dieser Beitrag anhand des Fallbeispiels der Lehrlingsbewegung den organisationalen Mechanismen nachgehen, die zur Präsenz oder zum Verblassen von Ereignissen beitragen.

Michael Schneider hat für die Gewerkschaften ein Spektrum von Begriffen aufgefächert, mit denen Vergangenheitsthematisierungen mit unterschiedlichen Zielen und Vorstellungen beschrieben werden können. Neben der »Erinnerungskultur« als Verständigung innerhalb von Organisationen über »Eigenart und Zusammengehörigkeit«, der er die bewusster eingesetzte »Geschichts- und Vergangenheitspolitik« beordnet, und den eher konzeptionellen »Erinnerungs-orten« ist ihm vor allem die »Erinnerungsarbeit« wichtig. Mit diesem Begriff lassen sich die in demokratischen Organisationen – und dazu gehören Gewerkschaften unzweifelhaft – beständige und auf Konsens in der Mitgliedschaft ausgerichtete Aushandlungen von als wichtig erachteten historischen Ereignissen und Entwicklungen als in gewissem Rahmen offener Prozess beschreiben (Schneider in diesem Band). Schneider weist zudem auf eine Pluralisierung der Gewerkschaftsgeschichte seit den 1980er Jahren hin. Diese ergab sich aus den konfliktträchtigen Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischen und marxistischen Geschichtsdeutungen ebenso wie aus den Deutungskon-

troversen über den 2. Mai 1933 (zeitgenössisch Beier 1979; systematisch Berger 2015).

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hob 1978 gegenüber der Historischen Kommission zu Berlin hervor, dass die Gewerkschaften sehr wohl über Fehler und Erfolge der Arbeiterbewegung lernen wollen, aber es kein »verbindliches Geschichtsbild« geben dürfe (Vetter 1979, S. 256). Insbesondere die größere Nähe zu geschichtswissenschaftlicher Expertise, die sich mit dem Aufschwung einer kritischen Sozialgeschichte auch seitens der historischen Zunft und nicht nur bei den Gewerkschaften abzeichnete, führte mit zu einer größeren Offenheit gegenüber kritischen Anfragen an die Geschichte der Gewerkschaften. Dies war angesichts der viele Jahrzehnte lang eher als »Jubiläumsliteratur« aufgefassten Gewerkschaftsgeschichte, wie Gerhard Beier sie spöttisch nannte, bereits ein erkennbarer Fortschritt. Aber, so insistierte Beier 1979, die Gewerkschaften hätten auch Interesse, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen – faktisch Orientierungen für die Gegenwart zu erhalten. Beier erachtete dieses Bedürfnis als legitim und hielt die »arrogante Verweigerung von Antworten« seitens der historischen Zunft für falsch (Beier 1979, S. 22).

Es ist daher auch im Pluralisierungsprozess ein Spannungsfeld zu erkennen, das für gewerkschaftliche Organisationen bis heute gilt: einerseits ein instrumentelles und pragmatisches Organisationsinteresse – nützt die Forschung den Mitgliedern, welche Lehren für Gegenwart und Zukunft können vermittelt werden, und tragen die Erkenntnisse zur Festigung einer organisationalen Zusammengehörigkeit bei? Die ubiquitäre Parole »Aus der Geschichte lernen« steht paradigmatisch dafür. Andererseits historisch-differenzierte Darstellungen, die Gewerkschaften kritisch beleuchten und über organisationsgeschichtliche Fragen weit hinausgehen (Swiniartski 2017).

Historisch differenzierte Forschungen wirken in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und die Organisation durchaus zurück und werden in der Bildungsarbeit rezipiert. Dies lässt sich am Umgang mit dem 2. Mai 1933 und dem vorherigen Anpassungskurs der ADGB-Gewerkschaften an die nationalsozialistische Herrschaft zeigen: Nachdem erinnerungspolitisch in der Bundesrepublik lange ein Organisationsnarrativ dominiert hatte, mit dem der Anpassungskurs der Gewerkschaften als notwendige Maßnahme zur Sicherung der Organisation gerechtfertigt wurde und fehlende Handlungsoptionen herausgestellt wurden, ist seit den 1980er Jahren eine differenzierte und kritische Sicht auch im gewerkschaftlichen Rahmen üblich geworden (Andresen 2015).

Diese Entwicklung spiegelte sich auch in einem Wandel der Formen bei der Erinnerungsarbeit, worauf Michael Schneider ebenfalls aufmerksam macht: Nicht mehr allein Reden und Broschüren zu besonderen Jahrestagen, sondern

auch Ausstellungen, Filme oder Aktionen wie die der DGB-Jugend 2015 mit kritischem Unterton prägen zunehmend das Feld der gewerkschaftlichen Erinnerungsarbeit (Schneider in diesem Band). Vergangenheitsthematisierungen sind stärker als zuvor partizipativ angelegt.

Das Spannungsfeld zwischen Forschungs- und Organisationsinteressen kann jedoch nicht einfach aufgehoben werden, dafür sind die Funktionslogiken zu unterschiedlich. Denn trotz intensiver Debatten um die Poetik und Ausrichtung gewerkschaftsgeschichtlicher Forschung (Welskopp 2002) wird Erinnerungskultur und -politik in Organisationen weiterhin überwiegend nach instrumentellen und pragmatischen Kriterien gestaltet. Dies sollte im Prinzip nicht überraschen: Denn trotz aller Wechselbeziehungen zwischen Forschung, differenzierten Geschichtsdeutungen und kritischer Aneignung geht es bei »kollektiver Erinnerung« in Organisationen um »Parteinahme, Identitätsstiftung und Orientierung in der Gegenwart« (Mittag/Unfried 2011, S. 24).

Peter Birke hat bei der Behandlung der Septemberstreiks 1969 auf zwei dominierende Setzungen für die IG Metall hingewiesen, die als die tragenden Säulen der gewerkschaftsgeschichtlichen Meistererzählung für die Bundesrepublik gelten dürfen: die Betonung der Einheit sowie der sozialen Errungenschaften (oder abstrakter: des Fortschritts) der Gewerkschaften (Birke in diesem Band). Ulf Teichmann hat für die Geschichte des 1. Mai gezeigt, wie der höchste gewerkschaftliche Feiertag seit den 1960er Jahren nicht nur seinen sozialen Charakter änderte, sondern auch zur Kontaktzone zwischen »alten« und neuen sozialen Bewegungen wurde. Daher plädiert er für mehr »gemeinsame Erzählungen«, die sich von der früheren gewerkschaftlichen Fokussierung auf das »erinnerungskulturelle Erbe der Arbeiterbewegung« etwas wegbewegen sollten (Teichmann in diesem Band).

Aber – und darauf weisen nicht nur die zitierten Beiträge hin, sondern auch alle Erfahrungen aus gewerkschaftsgeschichtlichen Förderungs- und Antragsdiskussionen – trotz Erweiterungen bei Formen und Inhalten in der Erinnerungsarbeit bleiben die Narrative von Einheit und sozialem Fortschritt bis heute die entscheidenden Fluchtpunkte gewerkschaftlicher Erinnerungskulturen, und damit auch der Erinnerungsarbeit. Mitgliederbasierte Organisationen sind eben auch Interessenvertretungen und damit an gegenwärtigen Nutzfragen interessiert.

Die in den letzten Jahrzehnten stärker pluralisierte Gewerkschaftsgeschichte ist auch Ergebnis gesellschaftlicher Veränderungen, so der Akademisierung des gewerkschaftlichen Personals oder einer allgemein kritischeren Haltung gegenüber historischen Idealisierungen bei Ehrregimen und Traditionsbildungen (Reeken/Thießen 2015; zum Streit in der Hamburger GEW um den Anpassungs-

kurs 1933: Bois 2020). Insofern ist es kein Vorwurf, sondern eine sachliche Feststellung, dass Geschichte in einer Organisation meist mit einer instrumentellen und pragmatischen Orientierung auf die Gegenwart verhandelt wird.

Für Kontroversen um frühere Konflikte in den Gewerkschaften ist es vor allem wichtig, ob die Geschichte noch »qualmt« und ob sie mit gegenwärtigen Deutungskämpfen verbunden ist. Dabei spielen auch biografische Konflikte eine Rolle. Während die scharfen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen über die Novemberrevolution und auch den 2. Mai 1933 einerseits ideologische, andererseits auch biografische Hintergründe hatten, sind diese in den letzten drei Jahrzehnten stark zurückgegangen (Führer et al. 2013).

Bei lebensgeschichtlichen Erzählungen von Gewerkschafter*innen lässt sich beobachten, dass Konflikte innerhalb der Organisation das kommunikative Gedächtnis, wie allgemein emotionale Wahrnehmungen, stärker bestimmen als grundsätzliche Fragen wie Solidarität oder Tarifverträge (Andresen 2014, S. 163–180). Diese personale Erinnerung an Konflikte spiegelt sich aber in gewerkschaftlichen Publikationen, gerade bei lokalen Anlässen, eher selten wider. So wird ein manifester Konflikt beim VW-Betriebsrat Salzgitter in den 1980er Jahren in einem auf Interviews mit ehemaligen Akteur*innen beruhenden Schriftstück unter der Überschrift »Richtungskampf um die beste Vertretung der Belegschaftsinteressen« behandelt (Eckhardt 2003, S. 154; allgemein Andresen 2014, S. 27–36).

Die Integration von Konflikten innerhalb der Organisation, wie es auch für die Lehrlingsbewegung zu zeigen ist, erfolgt meist über zwei Muster: über eine Harmonisierungstendenz und über ein Integrationsbemühen gegenüber allen Akteur*innen. Der Fluchtpunkt organisationaler Erinnerungsnarrative, so lässt sich resümieren, besteht nahezu immer in dem behaupteten einheitlichen Ziel, für die Beschäftigten aktiv zu sein und den so gemeinsam erkämpften sozialen Fortschritten, die zugleich immer auch gefährdet sind. Persönliche, emotionale Empfindungen von Individuen wie auch Konflikte innerhalb der Organisationen spielen dabei eine nachgeordnete Rolle.

Die Lehrlingsbewegung als historisches Phänomen

Das Fallbeispiel, um sich diese Mechanismen genauer anzuschauen, ist die Lehrlingsbewegung. Um was für ein historisches Phänomen handelte es sich dabei? Sie gehörte in einem weiten Verständnis zu den Auswirkungen der Jugendrevolte um 1968 – ein im ersten Moment vielleicht überraschender Befund. In der Forschungsliteratur wurde lange betont, dass das Bündnis gegen die Notstands-

gesetze zwischen Gewerkschaften und APO bzw. Studentenbewegung im Mai 1968 scheiterte (einschlägig: Tolomelli 2001; Schneider 1986; ausgewogener: Siegfried 2018, S. 183–190). Der Blick auf diese Zusammenarbeit fokussiert stark auf die Ereignisse um 1968 als studentische Revolte und auf die Führungsgruppen der Gewerkschaften. Es war jedoch vor allem eine jugendliche Unruhe, in der sich Demokratisierungsbegehren und Konflikte mit überkommenen Autoritäten zeigten und jugendkulturelle Aspekte wie Musikkonsum und distinkter Kleidungsstil wichtig waren (grundlegend: Siegfried 2018; Frei 2018).

Diese Entwicklungen waren auch in den Betrieben zu beobachten. Insbesondere die gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit und die Gewerkschaftsjugend waren dabei wichtige Vermittlungsinstanzen. Aktive Gewerkschaftsjugendliche rechneten sich häufig der Außerparlamentarischen Opposition zu. Auf der IG-Metall-Jugendkonferenz im Mai 1968 erklärten viele Delegierte, dass sie zur Demonstration gegen die Notstandsgesetze am 11. Mai nach Bonn gehen würden und nicht zur DGB-Kundgebung nach Dortmund. Die beiden unterschiedlichen Kundgebungsorte gelten gemeinhin als endgültiger Bruch des Bündnisses zwischen Studierenden und den Gewerkschaften. Aber übersehen wird dabei, dass in der Gewerkschaftsjugend Sympathien mit der Revolte und auch Radikalisierungen weiterhin erfolgten, ja danach eher zunahmen.

Auf lokaler Ebene waren viele Gewerkschaftsjugendliche in APO-Aktivitäten eingebunden (folgende Angaben basierend auf Andresen 2016; auf Einzelbelege wird verzichtet). Es gab innerhalb der Gewerkschaftsjugend aber nur wenige eigenständige linksradikale Gründungsversuche, so die in Hamburg und Schleswig-Holstein aktive »Arbeitsgemeinschaft junger Gewerkschafter«, die Anfang 1969 antiautoritäre Positionen in den Gewerkschaften verbreiten wollte, doch bald mit Funktionär*innen in Konflikte geriet und auseinanderfiel.

Unruhe unter den Auszubildenden entzündete sich aber nicht nur als Folge politischer Radikalisierungen, sondern vor allem an der reformbedürftigen Berufsausbildung. Deren Modernisierung war ein integraler Bestandteil der Bildungsreformdebatten der 1960er Jahre; ein Berufsbildungsgesetz wurde jedoch erst im Juni 1969 verabschiedet (Busemeyer 2009). An Nebentätigkeiten, mangelnder pädagogischer Qualifikation der Ausbilder*innen und Ausbeutung in Handwerkerlehren entzündete sich die Kritik.

Im September 1968 störten Hamburger Metalllehrlinge – in Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Studierenden – eine Freisprechungsfeier mit Flugblättern und organisierten eine Demonstration für die Reform der Berufsausbildung. Auch in anderen Städten folgten bald ähnliche Aktionen zur Berufsausbildung. Getragen wurden sie von unterschiedlichen Gruppen, zum Teil von Basisgruppen, die von Studierenden mitinitiiert wurden, häufig auch von der neu gegrün-

deten Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), der Nachwuchsorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei, sowie anderen linken Gruppen und Zirkeln. Aber sie wirkten nicht allein von außen in die Gewerkschaftsjugend, sondern Gewerkschaftsjugendliche wuchsen in die politischen Gruppen in einem Politisierungsprozess hinein.

In Hamburg kam es 1969 zur erwähnten Prügelei zwischen Demonstrant*innen und gewerkschaftlichen Ordner*innen auf der Ersten-Mai-Kundgebung. Die rund 3.000 Störer*innen waren zwar von der Universität losgezogen, aber es gingen viele Lehrlinge mit. Daher reagierte die örtliche DGB-Leitung mit einem Aktionsprogramm für Gewerkschaftsjugendliche. Kern war die Einrichtung eines offenen Treffens für Jugendliche im Gewerkschaftshaus außerhalb der etablierten Gremienstruktur, welches als Jour fixe bald bundesweit bekannt wurde. Auf Treffen mit teils über hundert Personen planten Jugendliche Demonstrationen zu Missständen in einzelnen Betrieben und brachten sich in die gewerkschaftliche Tarifpolitik ein.

Die Reaktionen der gewerkschaftlichen Funktionär*innen waren unterschiedlich. Insbesondere die Verantwortlichen für Jugendarbeit, sowohl im DGB als auch in manchen Einzelgewerkschaften, sahen in den Mobilisierungserfolgen und im offenen Angebot des Jour fixe eine Chance, die teils brachliegende Gewerkschaftsjugendarbeit neu zu beleben. Daher wurden »Lehrlingszentren« als Aktionsform mit großem strategischen Mobilisierungspotenzial vom DGB-Bundesjugendausschuss gefördert (DGB-Bundesjugendausschuss 1970). Bis 1973 entstanden mehr als 140 Lehrlingszentren in der Bundesrepublik, häufig von lokalen Gruppen der SDAJ, Jusos, maoistischen und anderen linken Gruppen getragen und als offenes Angebot für Jugendliche konzipiert, aber auch initiiert von DGB-Sekretär*innen.

Ab Ende 1969 erhielt die Lehrlingsbewegung bundesweite mediale Aufmerksamkeit. Symbole wurden Bierflasche und Besen, mit denen die Nebentätigkeiten kritisiert wurden. Eine Bewegungsdynamik entwickelte sich vor allem aus betrieblichen Konflikten, die auch gegen Ausbilder oder Gesellen gerichtet waren, welche zumindest in größeren Betrieben oft auch Gewerkschaftsmitglieder waren. Dabei ging es vor allem um hierarchische Konflikte wie lange Haare, das Duzen oder Rauchen von Lehrlingen, allgemein um als entwürdigend empfundene Praktiken im alltäglichen Umgang. »Die Lehrlinge der Arbeitsgemeinschaft wünschen zunächst nichts anderes, als nicht mehr ›letzter Mann‹ im Betrieb zu sein«, hatten Unterstützer der Essener Lehrlingsbewegung festgehalten (Weiler/Freitag 1971, S. 209). Viele überkommene Vorschriften wie das Reinigen von Sanitärräumen oder Rauchverbote wurden nach Protesten oft schnell beendet.

Für die Gewerkschaften war die Protestdynamik zweischneidig. Einerseits wurde die Jugendarbeit wieder attraktiver und es waren beachtliche Mitgliederzuwächse zu verzeichnen, andererseits wuchs ein kritisches Potenzial heran, das sich zum Teil auch gegen gewerkschaftliche Funktionäre richtete und mit dem Anspruch auf autonome Strategiefindung auftrat. Von Mitgliedern des Hamburger Jour fixe wurde ab 1970 eine Lehrlingszeitung herausgegeben, in der eine stärker basisorientierte Gewerkschaftsarbeit mit linker und klassenkämpferischer Ausrichtung gefordert wurde. Die bundesweite Auflage betrug 6.000 Exemplare (Haug/Maessen 1971, S. 207). Die »Politisierung« der Gewerkschaftsjugend und die Überwindung der jugendpflegerischen Verbandsarbeit wurden im DGB positiv gesehen (Balke 1971). Andererseits wurden die Einflüsse von linksradikalen Gruppierungen auf die Gewerkschaftsjugend als problematisch eingeschätzt, vor allem aber die Konflikte zwischen älteren und jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern. Auf dem IGM-Jugendkongress 1971 eskalierte dieser Konflikt innerhalb der IG Metall. Ein Antrag, in dem es hieß, die »gewählten Funktionäre« würden um ihre »Autorität [...] im Sinne autoritärer Verhaltensnormen« fürchten, wurde nach hitziger Debatte in »manche Funktionäre« abgeändert (IG-Metall-Vorstand 1971, S. 264).

Zwar gab es 1971 ein Treffen von rund 40 Lehrlingszentren mit Unterstützung des DGB, aber die Hoffnung, diese Zentren als offenes Angebot neben den Gremien dauerhaft zu etablieren, zerschlug sich bald. Dafür gab es mehrere Gründe. Zuerst war auf den gewerkschaftlichen Funktionärebene die Skepsis verbreitet, dass eine unkontrollierte und radikale Jugendarbeit die Gewerkschaftsjugend bestimmen könnte. Besonders die IG Metall, deren junge Mitglieder in den Lehrlingszentren häufig eine tragende Rolle spielten, blieb reserviert. Lehrlingszentren sollten sich nicht neben den bestehenden Gremien der verschiedenen Jugendausschüsse als eigenständige Kraft etablieren und die Jugendarbeit sollte vorrangig im Betrieb, nicht außerhalb in Lehrlingszentren stattfinden.

Auch DGB-Bundesfunktionär*innen schwenkten 1972 auf diese Linie um. Der IG-Metall-Jugendkongress hatte 1971 nach hitziger Debatte eine Eigenständigkeit der Jugendarbeit abgelehnt, und auf dem DGB-Bundeskongress 1972 wurde mit dem »Antrag 300« jeder Bestrebung nach organisatorischer Eigenständigkeit der Gewerkschaftsjugend eine Absage erteilt (DGB-Bundesvorstand 1972, S. 253–258). Aus Sicht der Organisation war die Lehrlingsbewegung damit erfolgreich in die gewerkschaftlichen Strukturen integriert. Es gab zwar noch lokale Initiativen, aber vorwiegend in kleineren Städten, die oft in Verbindung mit Jugendzentrumsinitiativen standen und sich eher von den Gewerkschaften wegbewegten (Herrenknecht 2008, S. 73–80).

Die Gründe für das Auslaufen der Lehrlingsbewegung waren vielfältiger Natur. Die Skepsis meist älterer Funktionär*innen spielte gewiss eine wichtige Rolle, aber es wäre verkürzt, das Ende vorrangig auf einen Konflikt zwischen bürokratischen Gewerkschaften und eigenständiger jugendlicher Organisation zu begrenzen. Diese Deutung wurde von einigen Akteur*innen bald aufgebracht und ist in der Forschungsliteratur verbreitet (mit weiterführender Literatur: Bierhoff 2004). Es kamen aber noch andere Faktoren hinzu. War die Lehrlingsbewegung überhaupt eine Bewegung? Die Selbstbezeichnung ist ein Quellenbegriff, der sich an den zeitgenössisch populären Begriffen »Studentenbewegung« und »Schülerbewegung« orientierte. Schon damals gab es Diskussionen um die Bezeichnung.

1970 wurde es bei Teilen der Akteur*innen populärer, den Begriff »Arbeiter-Jugendbewegung« zu verwenden, da sich auch junge Facharbeiter*innen und Angestellte engagierten (SDAJ-Bundesvorstand 1970). Darüber hinaus rief der dezentrale Charakter analytische Skepsis an dem Bewegungsbegriff hervor (Terhorst 1979, S. 18). Der Begriff »Lehrlingsbewegung« erscheint deshalb sinnvoll, weil die wesentliche Agenda die Reform und Modernisierung der beruflichen Bildung war und damit ein verbindendes Anliegen formuliert wurde. Aufgrund der starken Bindung an die Gewerkschaften und den transitorischen Charakter der Ausbildung hatte die Lehrlingsbewegung jedoch keine dauerhafte Perspektive, eine eigenständige Strategie zu entwickeln.

Die Form der Integration in die Gewerkschaft war vielleicht umstritten, wurde aber prinzipiell nur von wenigen Aktivist*innen abgelehnt. Zwar gab es Kritik an bürokratischen Führungsstilen – entsprechend wurden mehr basisdemokratische Entscheidungswege gefordert. Einen eigenständigen »Jugendsektor« forderten schließlich aber nur einige wenige trotzkistische Gruppen. Folge der manchmal scharfen Auseinandersetzungen war jedoch, dass junge Gewerkschaftsmitglieder mit Skepsis gegen gewerkschaftliche Bürokratie sozialisiert wurden. Aber die Einheit der Gewerkschaft beziehungsweise – in einer größeren Perspektive und damals ein häufiges Argument – der Arbeiterklasse zu erhalten, wurde von den meisten politischen Gruppen befürwortet. Das führte bei einigen Gruppen zur Absetzung gegenüber der dynamischen Protestphase.

SDAJ und maoistische Gruppen sahen in den Gewerkschaften die größte Organisation der Arbeiterklasse, die klassenkämpferischer auftreten sollte. Dafür sollte die Zusammenarbeit mit der Gesamtorganisation gesucht werden und analytisch nicht von einem generationellen Konflikt, sondern von der Ausbeutung der Arbeiterklasse im Kapitalismus ausgegangen werden. Daher versuchten sie, sich in den Gremien der Jugendarbeit zu verankern, die SDAJ zudem mit einer ausgeprägten Loyalität gegenüber gewerkschaftlichen Führungsgremien.

Die Einheitsforderung funktionierte zudem in zwei Richtungen. Älteren Mitgliedern ermöglichte sie, auf die Jugend und ihre Forderungen zuzugehen, und den jungen Aktivist*innen, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den älteren Funktionär*innen zu akzeptieren. Einen Generationskonflikt innerhalb der Gewerkschaften und der Betriebe leugneten fast alle – für Missstände seien Arbeitgeber*innen und der Kapitalismus verantwortlich zu machen. So argumentierte der DGB-Bundesjugendsekretär Oswald Todtenberg 1971 in einer populären Schrift (Todtenberg/Ploog 1971). Die »Unruhe der Jugend« sei Ausdruck betrieblicher und gesellschaftlicher Missstände, nicht von Konflikten innerhalb der Gewerkschaften. Es wurde betont, dass die Ausbilder*innen und Gesellen in den Betrieben, mit denen die jungen Auszubildenden meist Konflikte über lange Haare, lässigeres Verhalten oder Rauchen am Arbeitsplatz austrugen, nicht die Feinde seien (Hendrich 1970).

Dass allein die Arbeitgeber*innen für das autoritäre Klima in den Betrieben verantwortlich sein sollten, stand jedoch oft im Widerspruch zu den alltäglichen Erfahrungen der Auszubildenden. Konflikte um Hierarchien und jugendkulturelle Distinktionen fanden vor allem in der eigenen sozialen Klasse statt. Eine generationelle Frontlinie wurde dennoch selten von den Akteur*innen betont: So hieß es etwa in der Hamburger *Lehrlingszeitung*, dass Jugendliche unter der doppelten Unterdrückung durch ihre Eltern und durch die Arbeitgeber*innen litten (Lehrlingszeitung 1970, S. 2). Ein wesentlicher Impuls der Lehrlingsbewegung war schließlich, die Hierarchie in den Betrieben aufzubrechen, in der junge Auszubildende auf der untersten Ebene standen. Die Modernisierung der beruflichen Bildung sollte die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Es mag zunächst überraschen, dass der Einfluss der Jugendkulturen keine massive Kritik an der Arbeit selbst hervorrief. Aber zum einen verließen nicht wenige Lehrlinge die Betriebe und begannen, als Drop-Outs in alternativen Szenen zu leben oder nutzten den zweiten Bildungsweg für soziale Aufstiege (biografisch gut nachvollziehbar an der aus der Lehrlingsbewegung stammenden Band Ton Steine Scherben, vgl. die autobiografische Skizze Ka 2008). Zum anderen zielten Forderungen der Lehrlingsbewegung auf mehr Freizeit und orientierten sich an Lebensstilen von Schüler*innen und Studierenden. So waren etwa das Ausfüllen der Berichtshefte während der Arbeitszeit, zusätzlicher Unterricht in Berufsschulen oder die Bezahlung des Arbeitsweges Forderungen zur Erweiterung der Freizeit. Die Lehrlingsbewegung kennzeichnete zudem eine dezentrale Mobilisierungsdynamik, in der es um die Modernisierung der beruflichen Bildung und gegen das hierarchische und autoritäre Klima in den Betrieben ging. Diese erfolgte unter politisierten Deutungen auch von Alltagskonflikten, aber erhielt keine bundesweit verbindende Bewegungsstruktur.

Das Nachwirken der Lehrlingsbewegung in den Gewerkschaften

Arp Kreßin, der 1968 die Störung der Freisprechungsfeier in Hamburg mitorganisiert und die Lehrlingsbewegung mitaufgebaut hatte, resümierte 1995 rückblickend in einer lokalen Geschichte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Hamburg:

»Teilweise verschreckt durch den verbalen Radikalismus und das oft respektlose Verhalten gegenüber verdienten, manchmal auch nur verständnislosen Funktionsträgern, wurde diese Bewegung mißtrauisch beobachtet, teilweise nur widerwillig unterstützt, zum Teil auch offen bekämpft. Suspekt war eben auch, daß sich die enormen Aktivitäten von der Basis entwickelten und nicht vom Gewerkschaftsapparat initiiert und kaum zu kontrollieren waren« (Kreßin 1995, S. 168).

Eine habituelle und inhaltliche Distanz älterer Gewerkschaftsfunktionär*innen trug sicher dazu bei, dass die Lehrlingsbewegung nicht als positives Ereignis in Gewerkschaftserzählungen einfließen konnte. Aber ein »Vergessen« hat mehr Ursachen als eine Abwehr auf der Führungsebene. Insbesondere die Beteiligten trugen ja Erinnerungen an Proteste mit sich, die als Ereignisse in formativen Jugendjahren häufig stark erinnernd auserzählt werden (Apel 2014). Die Lehrlingsbewegung hatte jedoch zu kurz agiert und war von den politischen Ausrichtungen zu different, um einflussreiche Erzählgemeinschaften in den Gewerkschaften auszubilden.

Peter Birke hat darauf hingewiesen, dass in den Betrieben selbst Erinnerungen an wilde Streiks häufig verloren gehen, etwa aufgrund von Fluktuation der Beschäftigten (Birke 2007, S. 337 f.). Dies ist auch für die Lehrlingsbewegung anzunehmen. Viele ihrer Akteur*innen verließen die Betriebe. Kreßin selbst ist dafür ein gutes Beispiel: Nach seiner Metallarbeiter-Lehre studierte er auf dem zweiten Bildungsweg und arbeitete im karitativen Bereich, blieb dabei aber den Gewerkschaften verbunden. In einem Gespräch erzählte er, dass von den in Hamburg aktiven Lehrlingen keine*r im Betrieb blieb, sondern nahezu alle später studierten (Interview mit Arp Kreßin, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 14.11.2008).

Die Lehrlingsbewegung hatte zudem kein herausragendes Ereignis, sondern war von lokalen und regionalen Ereignissen und Gruppen geprägt. Das einzige bundesweite Zusammentreffen war im Juni 1969 in Köln, als die Gewerkschaften eine Kundgebung mit rund 10.000 Personen zur Berufsausbildung organisierten, auf der es auch Auseinandersetzungen mit linken Gruppierungen gab. Hinzu kam ein Gendergap: Die Bewegung wurde von männlichen Aktivisten dominiert, der Anteil aktiver Frauen kann auf rund zehn Prozent geschätzt werden (Andresen 2016, S. 176). Eine kollektive Identität, wie sie für die Persistenz

von Bewegungen eine wichtige Rolle spielt (Haunss 2004), bildete sich bei der Lehrlingsbewegung nicht dauerhaft aus. Zudem wirkten die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die die Gewerkschaften 1973 gegenüber maoistischen K-Gruppen fassten, als weiteres Hemmnis.

Die genauen Dimensionen der Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind bis heute nicht abschließend erforscht. Aber rund 2.000 Gewerkschaftsmitglieder, anfänglich oft aus dem Jugendbereich, wurden in den 1970er Jahren aufgrund kommunistischer Aktivitäten ausgeschlossen (Andresen 2016, S. 350; als neue Studie zur GEW in Hamburg: Jaeger 2020). Viele verließen die Betriebe, doch es gibt Hinweise darauf, dass bei einem Verbleib im Betrieb zu späteren Zeitpunkten Betriebsrats- und Gewerkschaftstätigkeiten wiederaufgenommen wurden (Moitra 2007).

Dies waren scheinbar objektive Faktoren, die zu einem Verblässen der Lehrlingsbewegung beitrugen – kurze Dauer, dezentrale Struktur, Integration in die Gewerkschaften und Ausschluss oder Ausstieg ehemaliger Teilnehmer aus den Betrieben. Generationsbildungsnarrative bilden sich jedoch oft erst nach einiger Zeit, auch bei anderen politischen Generationen lässt sich eine »Generationsrede« oft erst später beobachten und kann nicht primär auf eine gemeinsame Erfahrung zurückgeführt werden. Es handelt sich vielmehr um einen »Kommunikations- und Erinnerungsmodus« (Möckel 2014, S. 26).

Aufgrund des Zusammenhangs mit »1968« wäre es denkbar gewesen, dass eine Erinnerungsarbeit zu diesen Ereignissen Generationsreden innerhalb der Gewerkschaften hervorgebracht hätte. Dies war jedoch nicht zu beobachten – die Lehrlingsbewegung schien in eine Lücke zwischen »1968« und den Neuen Sozialen Bewegungen zu fallen. Die starke Fokussierung auf Studierende in der Jugendrevolte um 1968 separierte die Lehrlingsbewegung von der Jugendrevolte. Zudem galten und gelten die Ereignisse um 1968 innerhalb der Gewerkschaften als etwas Äußeres. Der zeitweilige SPD-Vorsitzende Kurt Beck markierte 2008 diese Distanz: Er sei durch Aktionen und Demonstrationen der Gewerkschaftsjugend politisch sozialisiert worden, aber nie auf einer Studentendemonstration gewesen (Beck 2008).

Die Lehrlingsbewegung, gewissermaßen im Dunkelfeld zwischen 1968 und der Gewerkschaftsjugend zu verorten, fiel daher aus Erzählreferenzen heraus. Dies wurde bereits 1978 in einem Sammelband festgestellt, der nach dem Zusammenhang von »APO und Gewerkschaften« fragte (Küsel 1978a). Die Journalistin und Herausgeberin Gudrun Küsel nahm ihre Erfahrungen als Teamerin für gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen zum Ausgangspunkt des Bandes: Was war aus jenen Jugendfunktionär*innen geworden, die Schulungen durchlaufen und gegen Vorstände rebelliert hatten (Küsel 1978b, S. 180)? Ihrer Auf-

forderung waren vor allem gewerkschaftsverbundene Sozialwissenschaftler wie Fritz Vilmar und Jürgen Seifert gefolgt sowie Akteur*innen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Hauptamtliche Gewerkschaftssekretär*innen hätten Küssels Anfragen meist abschlägig beschieden. Ein IG CPK-Sekretär aus Frankfurt schrieb ihr:

»Insgesamt gesehen kann man wohl auch sagen, daß die damaligen Ereignisse weitestgehend in Vergessenheit geraten sind. Auf die heutige Gewerkschaftsarbeit sind jedenfalls keine Auswirkungen spürbar« (ebd., S. 184).

Der Fokus der Beiträge lag im damals üblichen Sprachduktus auf dem Verhältnis von »Intelligenz und Gewerkschaften« (ebd., S. 180), und meist wurde über Konflikte mit der gewerkschaftlichen Funktionärssebene berichtet. Über die Lehrlingsbewegung schrieben Manfred Wilke und Reinhard Crusius. Als Studenten an der gewerkschaftsnahen Akademie für Wirtschaft und Politik hatten sie die Hamburger Lehrlingsbewegung mitaufgebaut. Als prominente Vertreter einer basisorientierten Linie vertraten sie ihre These der »Zerschlagung der Lehrlingsbewegung« durch die Gewerkschaftsbürokratie mit Unterstützung der SDAJ. Als echte Basisbewegung, in der sich tausende junge Lehrlinge politisierten, sei sie nicht »antigewerkschaftlich« gewesen, sondern hätte sich als attraktive Erweiterung von Gewerkschaftsjugendarbeit verstanden. Für den »Gewerkschaftsapparat« sei die offene Jugendarbeit aber zu wenig kontrollierbar gewesen, daher sei die Bewegung zerschlagen worden (Crusius/Wilke 1978).

Ihr Beitrag – wie der Sammelband insgesamt – markierte deutlich die Distanz, die zwischen den eher abstrakt gedachten Polen von »Intelligenz« und »Gewerkschaften« bestand. »1968« war etwas den Gewerkschaften Äußerliches, und der starke Impuls der Lehrlingsbewegung war integriert in ein gewerkschaftliches Narrativ einer Unruhe in der berufstätigen Jugend, mit der die Gewerkschaftsjugendarbeit politisiert und reaktiviert wurde. Deutungen wie die von Crusius und Wilke galten daher ebenfalls als äußerlich, wenn Demokratiedefizite, generationelle Konflikte oder die Selbstorganisierung in den Gewerkschaften hervorgehoben wurden.

Nachhall fanden diese Deutungen nur in Teilen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. In diesem Feld schwelte zwischen den Einzelgewerkschaften und dem DGB ein Konflikt um erfahrungs- oder leitfadengestützte Bildungsarbeit. Viele Einzelgewerkschaften, insbesondere die IG Metall, nutzten einen leitfadengestützten Ansatz, um junge Mitglieder mit Tarif- und Arbeitsrecht vertraut zu machen. Die DGB-Bundesjugendschule in Oberursel propagierte hingegen den Erfahrungsansatz, bei dem die Seminarteilnehmenden aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen die Lerninhalte entwickeln und gestalten sollten. Es war kein

rein didaktischer, sondern ein eminent politischer Konflikt. Der Erfahrungsansatz zielte auch auf die Selbstorganisation der Teilnehmer*innen und schloss damit inhaltlich an Themen der Lehrlingsbewegung an.

Dieser Konflikt eskalierte mit dem Vorwurf einer »kommunistischen Unterwanderung« der Gewerkschaftsjugend, nun wiederum gegen die moskautreue und organisationsloyale SDAJ gerichtet. Nach der Bundesjugendkonferenz des DGB 1977 erhob Karl Schwab, zuständiges DGB-Bundesvorstandsmitglied, Kritik an einer Dominanz von SDAJ-Positionen innerhalb der Gewerkschaftsjugend. Hingegen wiesen die Verantwortlichen der IG Metall den Vorwurf einer »kommunistischen Unterwanderung« entschieden zurück. Der in der Öffentlichkeit ausgetragene Konflikt zog sich über Jahre hin und führte zwischen den Einzelgewerkschaften zu Misstrauen und anhaltenden Verwerfungen (Andresen 2016, S. 430–462). Vor allem die Bundesjugendschule in Oberursel formulierte eine linke Kritik an den orthodox-kommunistischen Gruppen, deren Dominanz und Organisationsloyalität, und gewerkschaftsnahe Sozialwissenschaftler kritisierten die Akzeptanz der gewerkschaftsloyalen SDAJ und DKP (Flechtheim et al. 1980).

Diese Konflikte trugen dazu bei, dass die Lehrlingsbewegung als Vorgeschichte einer innergewerkschaftlichen Fraktion verstanden wurde und entsprechend marginalisiert blieb. In der IG Metall wurde sie, sofern erwähnt, als Element der Mobilisierung verstanden, mit der die gewerkschaftliche Gremienarbeit gestärkt werden konnte. So hieß es in einer 1977 erstellten Ausstellung zur Geschichte der Arbeiterjugendbewegung:

»Eine sich verselbständigende Lehrlingsbewegung ist jedoch, da sie nur allzu schnell von den älteren Kollegen zu isolieren ist, genauso unproduktiv wie eine Jugend, die ständig gegängelt wird und kein Feld zur eigenen Meinung und Willensbildung hat«.

Peter Stelzer, der im hessischen Bebra ein Lehrlingszentrum mit aufgebaut hatte und im DGB aktiv war, schrieb Ende der 1970er Jahre, es sei nahezu unmöglich, sich innerhalb der Gewerkschaften positiv auf die Lehrlingsbewegung zu beziehen; man müsse sich immer gleich distanzieren. Die Lehrlingsbewegung galt bald nach ihrem Auslaufen als »eine notwendige Phase der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und ein wichtiger Faktor für die Politisierung der Gewerkschaftsjugend«, so der DGB-Bundesjugendsekretär Walter Haas Anfang 1973. Die Lehrlingsbewegung fand ihre organisationsinterne Vollendung eben erst in der Integration in die gewerkschaftliche Gremienstruktur und einer besseren Betriebsarbeit. So wurde ihre Geschichte erzählbar, da in die Erzählung die gewerkschaftsgeschichtlichen Fluchtpunkte integriert werden konnten (Andresen 2016, S. 212 f.).

Die beiden konträren Deutungen von notwendiger Mobilisierung und bürokratischer Zerstörung der Lehrlingsbewegung waren im Konfliktjahrzehnt vor allem Positionierungen in innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Historische Validität konnte keine Seite für sich beanspruchen. Denn bezüglich der Akteur*innen waren viele SDAJ-Mitglieder, aber auch Maoist*innen, Teil der Lehrlingsbewegung gewesen und hatten andere politische Schlüsse gezogen als die von Crusius und Wilke wortstark vertretenen. Die Konflikte versperrten jedoch eine unbefangene Erinnerungsarbeit um die Lehrlingsbewegung – sie war noch zu sehr qualmende Geschichte, die keinen positiven Referenzrahmen für eine Generationsrede bilden konnte.

Während Ende der 1970er Jahre die Studierendenbewegung zunehmend auch als Generation in Medien und Literatur thematisiert wurde, fehlten solche Referenzen für eine Generationsrede an die Lehrlingsbewegung nahezu vollständig. Ein Übergang von einem sowieso in den Gewerkschaften marginalisierten kommunikativen Gedächtnis in ein kollektives Gedächtnis war lange gar nicht zu erkennen. Erst Anfang der 2000er Jahre gab es vereinzelte autobiografische Rückblicke (Kreßin 1995; Hitzelberger 2003; Ka 2008), dann erste historiografische Arbeiten (Andresen 2009; Templin 2011) und schließlich auch Generationsreden im gewerkschaftlichen Zusammenhang. Diese Entwicklungen haben dazu beigetragen, dass die Hamburger DGB-Jugend 2015 die Lehrlingsbewegung als bedeutsames gewerkschaftsgeschichtliches Ereignis nutzen konnte.

Vom Vergessen in Organisationen

Das Fallbeispiel der Lehrlingsbewegung zeigt vor allem die Schwierigkeiten, die bei Erinnerungsarbeit in Gewerkschaften aufkommen, wenn das Ereignis politisch weiterhin umstritten bleibt. Die anfangs genannten Fluchtpunkte von Einheit und sozialem Fortschritt sind bei qualmender Geschichte nicht immer einfach einzuhalten. Als Traditionsbildung diente die Lehrlingsbewegung lange eher kritischen Strömungen innerhalb der Gewerkschaften als der gesamten Organisation.

Fortgesetzte politische Konflikte führen eher zur Marginalisierung historischer Konstellationen, da sich keine tragfähige gemeinsame Deutung herausbildet. Dies hat erhebliche Folgen für die Erinnerungsarbeit, da sich Erzählungen über Ereignisse als nicht zustimmungsfähig in der Gesamtorganisation zeigen.

Geschichtspolitische Debatten dienten im gewerkschaftlichen Konfliktjahrzehnt in erstaunlich starkem Maße der Legitimation politischer Positionierungen

in der jeweiligen Gegenwart. Dies betraf vor allem die Auseinandersetzungen um die »Marburger Gewerkschaftsgeschichte« und damit zwischen sozialdemokratisch-pluralen und eher orthodox-marxistischen Positionen. Zwar fanden sich in der SDAJ ehemalige Akteur*innen der Lehrlingsbewegung, aber analytisch sahen sie diese ebenfalls als Mobilisierung für eine gremienbezogene Gewerkschaftsarbeit, nicht als erinnerungswürdigen Impuls mit eigenem Recht.

In den ideologischen Grundkonflikt passte die Lehrlingsbewegung nur bedingt, da sie Elemente von sozialer Protestdynamik auch innerhalb der Gewerkschaften hatte. Gudrun Küsel erwähnte, dass der Beitrag eines Mitglieds der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW) für ihr Buch auf Wunsch der Partei zurückgezogen wurde, da dort über ein Ausschlussverfahren gegen IG-Metall-Jugendliche geschrieben wurde und dies als politisch nicht opportun erschien (Küsel 1978b, S. 183). Die Lehrlingsbewegung als eruptives und sozial dynamisches Aufbegehren innerhalb der Gewerkschaftsjugend war für organisationsbezogene Narrative schwer verdaulich.

Dies gilt auch für andere Ereignisse, die sperrig sind hinsichtlich Erzählungen über die Bedeutung der Organisation. Der Septemberstreik 1969 war ein dynamisches Moment, das für die Gewerkschaftsgeschichte einen Platz hatte als Unruhe unter Beschäftigten, aber nicht als Erfolgsgeschichte der Gewerkschaften. Bei Interviews mit Beteiligten an den Septemberstreiks versuchte eine Autorengruppe, prägende Erfahrung von Konflikten mit älteren oder autoritären Betriebsräten auf den Begriff der »Generation von 1969« zu bringen (Hindrichs et al. 2000, S. 105). Die Interviewten waren später selbst in Betriebsräten aktiv.

Bis Mitte der 1970er Jahre war in diesem Bereich ein »Generationswechsel« zu beobachten, als die oft schon seit den 1950er Jahren amtierenden Betriebsratsvorsitzenden von Jüngeren abgelöst wurden. Dies erfolgte unter den erweiterten Einflussmöglichkeiten des neuen Betriebsverfassungsgesetzes von 1972, das einen Professionalisierungsschub von Betriebsarbeit auslöste, aber von vielfachen Konflikten um Kandidatenaufstellungen und Postenverteilungen geprägt war (Milert/Tschirbs 2012, S. 479). Aber es verweist auch darauf, dass soziale Mobilisierungen biografisch oft eher kurzfristige Ereignisse sind, während der Aufstieg in gewerkschaftliche Basiseliten, als Betriebsrat oder in den Gewerkschaften eine langfristige Anpassung erfordert.

Der frühere IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber begann 1971 als Mitglied einer maoistischen K-Gruppe seine Werkzeugmacherlehre und nahm bald Abstand von utopischen Vorstellungen:

»Ich wollte die Weltrevolution, das ist doch klar. Aber das können Sie ja in einer Fabrik nicht bewerkstelligen. Das hat sich dann schnell gegeben, ich hab' begonnen, die Lehrlinge für die IG Metall zu organisieren« (Hagelüken/Öchsner 2011).

Diese charakteristische Sequenz verweist auf die Anpassungsleistungen und Entradikalisierungen, die viele junge Revolutionär*innen wie auch Beteiligte an sozial dynamischen Protesten in den Gewerkschaften durchliefen. Dies ging einher mit einer zunehmenden Akzeptanz gewerkschaftsgeschichtlicher Narrative.

Die These von der »Zerschlagung der Lehrlingsbewegung« durch die Gewerkschaftsführung ist daher zu eindimensional. Eine der wesentlichen Sperren für organisationsbezogene Erinnerung an die Lehrlingsbewegung lag in deren sozialer Bewegungsdynamik. In Gewerkschaften sind solche kurzzeitigen und für Beteiligte mit emotionaler Energie verbundenen Ereignisse nur schwer in die Narrative von Einheit und Fortschritt zu integrieren. Die in der Lehrlingsbewegung ausgedrückte Unzufriedenheit zeigt aus organisationsbezogener Perspektive allein die Notwendigkeit von konzentrierter, verbindlicher und organisierter gemeinsamer Arbeit aller in den Gewerkschaften, nicht gegen sie. Der jugendliche Aufbruch, auch die Selbstermächtigung gegenüber behäbig scheinenden Betriebsräten, lässt sich in das gewerkschaftsgeschichtliche Narrativ daher nur bedingt einfügen. Dieser strukturelle Aspekt ist einer der wesentlichen Gründe, warum die Lehrlingsbewegung erst wieder Eingang in die Gewerkschaftsgeschichte gefunden hat, als sie auch mit ihren Nachwirkungen nicht mehr qualmende Geschichte war.

Für eine Berücksichtigung gerade auch sperriger historischer Komplexe wie Lehrlingsbewegung, wilder Streik oder Rassismus gegenüber Arbeitsmigrant*innen sprechen aber noch gewichtigere Gründe als mit zeitlicher Distanz verlöschende Feuer. Gewerkschaftliche Erinnerungsarbeit sollte sich nicht nur, aber auch an der Konfliktgeschichte innerhalb der Organisation orientieren. Die Lehrlingsbewegung war ein dynamischer Konflikt um jugendkulturelle Aufbrüche und linke Politisierung, mit denen sich ein Demokratisierungsbegehren verband – Überschießendes war durchaus zu beobachten. Dies haben manche Akteur*innen der Lehrlingsbewegung betont, die über ihre Anpassung oder ihren jugendlichen Selbstermächtigungsüberschwang berichteten. Aber für die Erinnerungsarbeit demokratischer Organisationen sind solche Momente als Teil der Geschichte von Partizipation, gegenseitiger Anerkennung und Beeinflussung eben vor allem über Konflikte zu erzählen. In diesem Sinne ist das Vergessen zwar organisationssoziologisch gut zu erklären, demokratiepolitisch aber dauerhaft schädlich.

Literatur und Quellen

- Andresen, Knud (2009): Die bundesdeutsche Lehrlingsbewegung von 1968 bis 1972. Konturen eines vernachlässigten Phänomens. In: Birke, Peter/Hüttner, Bernd/Oy, Gottfried (Hrsg.): *Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion*. Berlin: Dietz, S. 87–102.
- Andresen, Knud (2014): *Triumphierzählungen. Wie Gewerkschafter über ihre Erinnerungen sprechen*. Essen: Klartext.
- Andresen, Knud (2015): Die Anpassung vergessen? Zur gewerkschaftlichen Debatte in der Bundesrepublik um den 2. Mai 1933. In: Berger, Stefan (Hrsg.): *Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung nach 1945*. Essen: Klartext, S. 227–244.
- Andresen, Knud (2016): *Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er Jahre*. Göttingen: Wallstein.
- Apel, Linde (2015): Gefühle in Bewegung. Autobiographisches Sprechen über die Jugend. In: Andresen, Knud/Apel, Linde/Heinsohn, Kirsten (Hrsg.): *Es gilt das gesprochene Wort. Oral History und Zeitgeschichte heute*. Göttingen: Wallstein, S. 59–77.
- Balke, Holger (1971): Jahr des jungen Arbeitnehmers. Eine Zwischenbilanz. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 11, S. 673–676.
- Beck, Kurt (2008): Bebel, Brandt, Beck. Interview mit Kurt Beck. In: *Süddeutsche Zeitung Magazin* 17, 25. April 2008, S. 18–24.
- Beier, Gerhard (1979): Die Wiederentdeckung der Gewerkschaftsgeschichte. Ein aktueller Streit und seine historischen Hintergründe. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 41, S. 19–36.
- Berger, Stefan (Hrsg.) (2015): *Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung nach 1945*. Essen: Klartext.
- Bierhoff, Oliver (2004): *Organisation und generationale Ordnung. Zur Organisationsgeschichte der Gewerkschaftsjugend*. Diss., Münster.
- Birke, Peter (2007): *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*. Frankfurt am Main: Campus.
- Bois, Marcel (2020): *Volksschullehrer zwischen Anpassung und Opposition. Die »Gleichschaltung« der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg (1933–1937)*. Weinheim: Beltz Juventa.

- Busemeyer, Marius R. (2009): Wandel trotz Reformstau. Die Politik der beruflichen Bildung seit 1970. Frankfurt am Main: Campus.
- Crusius, Reinhard/Wilke, Manfred (1978): Von der Lehrlingsbewegung zur Jugendarbeitslosigkeit. In: Küsel, Gudrun (Hrsg.): APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch. Berlin-West: Olle & Wolter, S. 85–95.
- DGB-Bundesjugendausschuss (1970): Strategie-Seminar des Bundes-Jugendausschusses des DGB. Ergebnisprotokoll des Seminars vom 20.–24.4.1970. Archiv der sozialen Demokratie, 5/IGMA-22-0220.
- DGB-Bundesvorstand (Hrsg.) (1972): Protokoll 9. Ordentlicher Bundeskongreß Berlin, 25. bis 30. Juni 1972. Düsseldorf.
- Eckardt, Andrea (2003): Diskutieren, Streiten, Mitgestalten! 30 Jahre Kampf um Arbeit im weltgrößten Motorenwerk Volkswagen Salzgitter. Hamburg: VSA.
- Flechtheim, Ossip K./Rudzio, Wolfgang/Vilmar, Fritz/Wilke, Manfred (1980): Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Sowjetmarxistische Einflußstrategien und Ideologien. Frankfurt am Main: Fischer.
- Frei, Norbert (2018): 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. München: dtv.
- Führer, Karl Christian/Mittag, Jürgen/Schildt, Axel/Tenfelde, Klaus (Hrsg.) (2013): Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920. Essen: Klartext.
- Hagelüken, Alexander/Öchsner, Thomas (2011): Reden wir über Geld: Berthold Huber. »Ich wollte die Weltrevolution«. In: Süddeutsche Zeitung, 11.2.2011, www.sueddeutsche.de/geld/reden-wir-ueber-geld-berthold-huber-ich-wollte-die-weltrevolution-1.1058429 (Abruf am 28.5.2021).
- Haug, Hans-Jürgen/Maessen, Hubert (1971): Was wollen die Lehrlinge? Frankfurt am Main: Fischer.
- Haunss, Sebastian (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden: Springer VS.
- Hendrich, Klaus (1970): Lehrlinge und Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 41, S. 3–48.
- Herrenknecht, Albert (2008): »Kleinstadt 1968«. Die Politischen Jugendbewegungen in der Provinz von den 1950er bis 1970er Jahren. In: Pro-Regio-Online. Zeitschrift für den Ländlichen Raum 5, www.pro-regio-online.de/downloads/klein1968.pdf (Abruf am 28.5.2021).
- Hindrichs, Wolfgang/Jürgenhake, Uwe/Kleinschmidt, Christoph (2000): Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre. Essen: Klartext.

- Hitzelberger, Otmar (2003): Schritt für Schritt ins Paradies. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg.
- IG-Metall-Vorstand (1971): Protokoll 9. Ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main.
- Jaeger, Alexandra (2020): Abgrenzungen und Ausschlüsse. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW Hamburg in den 1970er Jahren. Weinheim: Beltz Juventa.
- Ka, Bernhard (2008): ... denn die Freiheit ist unser Ziel. Eine autobiographische Dokumentation eines Gründungsmitgliedes des proletarischen Lehrlingstheaters Rote Steine Berlin über die Ereignisse zwischen 1969–74. Norderstedt: Books on Demand.
- Klecha, Stephan (2010): Die IG Metall und ihre Jugendarbeit. Generationskonflikte, Netzwerke, Wirkungen. Berlin: Vorwärts-Buch.
- Kreßin, Arp (1995): Mit uns die Zukunft? Die Jugendarbeit. In: IG Metall Verwaltungsstelle Hamburg (Hrsg.): »Wartet nicht auf andere, packt jetzt selbst mit an«: Texte, Dokumente und Fotos der IG Metall in Hamburg 1945 bis 1995. Hamburg: VSA, S. 160–169.
- Küsel, Gudrun (Hrsg.) (1978a): APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch. Berlin-West: Olle & Wolter.
- Küsel, Gudrun (1978b): Nachwort. In: Küsel, Gudrun (Hrsg.): APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch. Berlin-West: Olle & Wolter, S. 180–184.
- Lehrlingszeitung (1970): Alles kaputt? LZ – Zeitung für Lehrlinge und Jungarbeiter 4, Hamburg, S. 2.
- Milert, Werner/Tschirbs, Rudolf (2012): Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland 1848–2008. Essen: Klartext.
- Mittag, Jürgen/Unfried, Berthold (2011): Arbeiterbewegungen als Akteure und als Objekte kollektiver Erinnerungsprozesse in globaler Perspektive. In: Mittag, Jürgen/Unfried, Berthold (Hrsg.): Arbeiter- und soziale Bewegungen in der öffentlichen Erinnerung. Eine globale Perspektive. ITH-Tagungsberichte 45. Wien: Akademische Verlagsanstalt, S. 11–30.
- Möckel, Benjamin (2014): Erfahrungsbruch und Generationsbehauptung. Die »Kriegsjugendgeneration« in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften. Göttingen: Wallstein.
- Moitra, Stefan (2007): Oppositionelle Betriebsratsarbeit bei Bayer: Zwischen parteipolitischer, persönlicher und struktureller Konfrontation. In: Tenfelde, Klaus/Czikowsky, Karl-Otto/Mittag, Jürgen/Moitra, Stefan/Nitzard, Rolf (Hrsg.): Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des Bayer-Konzerns. Essen: Klartext, S. 217–243.

- Reeken, Dietmar von/Thießen, Malte (Hrsg.) (2015): *Ehrregime. Akteure, Praktiken und Medien lokaler Ehrungen in der Moderne*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Schneider, Michael (1986): *Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze*. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- SDAJ-Bundesvorstand (Hrsg.) (1970): *Jugend contra Monopole*. Dortmund: Weltkreis.
- Siegfried, Detlef (2018): 1968. Protest, Revolte, Gegenkultur. Ditzingen: Reclam.
- Swiniartski, Marco (2017): *Der Deutsche Metallarbeiter-Verband 1891–1933. Eine Gewerkschaft im Spannungsfeld zwischen Arbeitern, Betrieb und Politik*. Köln: Böhlau.
- Templin, David (2011): »Lehrzeit – keine Leerzeit!« *Die Lehrlingsbewegung in Hamburg 1968–1972*. München: Dölling und Galitz.
- Terhorst, Hermann (1979): *Initiatoren politischer Arbeiterjugendgruppen. Ein Beitrag zur Analyse der sog. Lehrlingsbewegung 1968–1972*. Diss., München.
- Todtenberg, Oswald/Ploog, Arno (1971): *Du gehörst dir und nicht den Bossen. Ein Buch für Lehrlinge*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Tolomelli, Marica (2001): »Repressiv getrennt« oder »organisch verbündet«. *Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien*. Opladen: Leske + Budrich.
- Vetter, Heinz Oskar (1979): *Geschichte und Gewerkschaften*. In: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 2, S. 253–259.
- Weiler, Joachim/Freitag, Rolf (1971): *Ausbildung statt Ausbeutung. Der Kampf der Essener Lehrlinge*. Reinbek: Rowohlt.
- Welskopp, Thomas (2002): *Mißglückte Bildungsromane, Naturgeschichten, inverse Heldenepen und Reiseberichte aus dem Land der »guten Wilden«*. Zur »Poetik« der älteren Arbeitergeschichte. In: Hesse, Jan-Otmar/Kleinschmidt, Christian/Lauschke, Karl (Hrsg.): *Kulturalismus, Neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte*. Essen: Klartext, S. 87–116.

